



## **Manfred Groh**

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.  
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Manfred Groh, MdL · Haus der Abgeordneten · 70173 Stuttgart

Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-985  
Telefax: 0711 2063-14-985  
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro  
Karlsruher Straße 88  
76139 Karlsruhe (Hagsfeld)

Tel. 0721/25519-95 / 96  
Telefax: 0721/25519-97  
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Karlsruhe, den 28.09.2011

## **Pressemitteilung**

### **Manfred Groh MdL: Landesregierung darf Bürgerinnen und Bürger bei S 21-Volksabstimmung nicht täuschen**

Der Landtag hat am 28. September 2011 das „Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)“ mehrheitlich abgelehnt hat. Sofort nach Beendigung dieser Plenarsitzung ist von 68 Abgeordneten der Fraktionen Grüne und SPD die Volksabstimmung beantragt worden. Für Groh, der Mitglied im Verkehrsausschuss ist, ist das Vorgehen der Landesregierung parlamentarisch nicht akzeptabel. Sie hat nämlich mit ihrem Gesetzesentwurf auf die bewusste Herbeiführung einer Ablehnung gesetzt. „Noch nie hat eine Landesregierung einen Gesetzesentwurf eingebracht, der im selben Atemzug mit den Stimmen des Koalitionspartners sofort wieder abgelehnt wurde“, so der CDU-Abgeordnete.

„Die Landesregierung versucht mit ihrer beabsichtigten Formulierung die Bürgerinnen und Bürger über die wahren Abstimmungsmöglichkeiten bei der nun eingeleiteten Volksabstimmung im November zu irritieren“, so Groh. Anders als es der Name „S 21- Kündigungsgesetz“ schließen lässt, stimmt die Bevölkerung nicht Für oder Gegen das Bahnprojekt. Vielmehr geht es bei der Abstimmung darum, ob das Land Baden-Württemberg, als eines von insgesamt sechs Projektpartnern, die Finanzierungsvereinbarung von April 2009 aufkündigen muss.

Mit Blick auf das zu erreichende Quorum betont Groh, dass es Grüne und SPD versäumt haben, ein Angebot der CDU vom 7. Dezember 2010 aufzugreifen. Der Gesetzesentwurf der damaligen schwarz-gelben Landesregierung sah eine Absenkung des Quorums von 33 auf 25 Prozent vor. Die dafür benötigte 2/3-Mehrheit zur Ände-

rung der Landesverfassung ist aber an der Blockadehaltung von Grünen und SPD gescheitert. „Beiden Regierungsparteien waren bereits im Wahlkampf die hohen Hürden bekannt, die für eine erfolgreiche Volksabstimmung zu überwinden sind“, so Groh weiter.

Manfred Groh steht weiterhin zu dem Bahnprojekt und unterstreicht seine Bedeutung auch für Karlsruhe und Baden insbesondere mit Blick auf die Magistrale. „Stuttgart 21 macht Sinn und ich hoffe auf eine breite Beteiligung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für dieses wegweisende Zukunftsprojekt“, so der CDU-Landtagsabgeordnete abschließend.